

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: BAG Planen Bauen Wohnen
Beschlussdatum: 07.09.2019
Tagesordnungspunkt: W Wohnen

Antragstext

- 1 Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des
- 2 vergangenen
- 3 Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl
- 4 und Aluminium, wurden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5°
- 5 Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung,
- 6 2016)
- 7 **Situation**
- 8 Der Bausektor ist der Wirtschaftszweig mit dem höchsten Ressourcenverbrauch - weltweit.
- 9 Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum
- 10 sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2- Fußabdruckes. Die Hälfte
- 11 unseres Mülls entsteht auf den Baustellen.
- 12 **Aufgaben**
- 13 **Umweltschutz und gesundes Bauen**
- 14 Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch an der Bautätigkeit
- 15 und dem Bauwesen/Bauwirtschaft ging diese Diskussion weitgehend vorbei. Ökologische und
- 16 energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz
- 17 von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen, Bautechniken und regenerativen Energien
- 18 nehmen
- 19 seit Jahren nicht zu. Mit unserer gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung
- 20 unserer Klima- und Nachhaltigkeitsziele.
- 21 30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle
- 22 Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe
- 23 und
- 24 Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung,
- 25 Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige
- 26 Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine
- 27 planetare Belastung.
- 28 **Das können wir uns nicht mehr leisten!**
- 29 2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein,
- 30 überwiegend Primärrohstoffe. Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t
- 31 Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft,

28 Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese
29 Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind
30 durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa
31 30.000 t. Das macht Sand und Kies nach Wasser zum wichtigsten Rohstoff unserer Erde. Die
32 Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in Anspruch nimmt.
33 Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und Strände werden dort
34 illegal abgebaggert.

35 Obwohl viel abgerissen wird, ist das Wort Recycling und Wiederverwendung im Bauwesen fast
36 unbekannt. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer Aushub
37 mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese Abfälle zu
38 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für den
39 Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“, so
40 der Sachverständigenrat für Umweltfragen.

41 Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf
42 mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen,
43 Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche – an Normen und
44 Zuständigkeiten orientierte - Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der
45 Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen
46 erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen
47 Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

48 Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich
49 dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und
50 nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten
51 Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch
52 harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und
53 der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist
54 bislang wenig.

55 Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalte zahlreiche, teilweise höchst
56 problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk,
57 Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von
58 hochproblematischen Verbundstoffe. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie
59 Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und
60 Mikroplastik.

61 Viele Bauteile, wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen
62 bestehen aus PVC. PVC besteht überwiegend aus halogenierten Kohlenwasserstoffen, die im
63 Brandfall hochgiftige Gase entwickeln oder über Jahrtausende in unserer Umwelt verbleiben.
64 Das übliche PVC enthält zu 56% Chlor. Dieses Chlor ist ein Recyclingprodukt aus der
65 Herstellung von Natronlauge. Wenn ein Recyclingprodukt reines Gift ist, muss man seine
66 Korrektheit und Verwendbarkeit in Frage stellen.

67 In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs
68 sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen
69 EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.
70 Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten
71 Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt
72 sind. Eine vollständige Deklaration in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht
73 vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel,
74 was am günstigsten ist.

75 **Urban Mining**

76 Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale
77 aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und
78 Infrastrukturen
(Materiallager) ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das
79 partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind
80 ca. 10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.
81 Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt.
82 Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend
83 problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren
84 – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches
85 Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in
86 wenigen Fällen erreicht. Niedrige Rohstoffpreise, verbunden mit hohen Lohn- und Nebenkosten,
87 verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und Rückbauen. Die stärkere
88 Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze in den Bereichen
Rückbau,
89 Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei handelt es sich in der Regel um
90 Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale Arbeitsplätze im Sekundären Sektor
91 entstehen könnten.

92 **Bauwende**

93 Inzwischen ist klar, dass ein "Weiter so" das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit
94 dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von
95 Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen,
96 bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die
97 Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und
98 Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen.
Das
99 unter dem Wachstumsparadigma entstandene Geflecht aus Bau- und Baustoffindustrie,
Normung
100 und Gesetzgebung, Behörden und Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten, die immer
noch an
101 immerwährendes Wachstum glauben, bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer Planungs-
und
102 Baukultur auf allen Ebenen. Eine Bauwende ist notwendig. Wir wollen diese Bauwende mit den
103 Zielen der Agenda 2030 voranbringen, gestalten und umsetzen.

104 Lebenswerte Städte und Dörfer

105 Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur
 106 und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das
 107 demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem
 108 Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind
 109 Orte,

109 wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die „sozialisieren“ und damit das
 110 Gegenteil der Blasen unserer Social Media. Die Gestaltung des Raumes ist ein Teil unserer
 111 materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und Materialität bedarf großer
 112 Sorgfalt.

113 Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume,
 114 die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive
 115 Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die
 116 Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

117 Unsere Antworten und Forderungen**118 Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur**

119 Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der
 120 gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein.

121 Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung,
 122 Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei
 123 Städtebau

123 und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das
 124 spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

125 Wir brauchen für den Betrieb von Gebäuden keine fossilen Energieträger. Mit guten
 126 Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren Energien innerhalb
 127 der Städte versorgt werden. Auf dem Land ist der Einsatz von regenerativer Energie noch
 128 einfacher zu realisieren.

129 Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das
 „Wegwerfen“

130 von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung der „grauer Energie“ im Bestand

131 unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer
 132 ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die
 133 Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht
 es

134 starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und
 fachkompetente

135 Kommunen.

136 Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien
 137 werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu
 138 konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht um
 139 nutzbar sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ
 140 geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten

141 Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den
 142 Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen
 143 Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

144 Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines
 145 nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast
 146 Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO₂-Abdruck
 147 werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es
 148 daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten
 149 Lebenszyklus eines Gebäudes.

150 Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum
 151 Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißten sie extrem viel
 152 Bauland und Infrastruktur.

153 **Umbaukultur**

154 Für eine ressourcen- und umweltorientierte Bauende reicht es nicht aus,
 155 Energiesparmaßnahmen
 156 an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau,
 157 sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien. Viel zu
 158 selten wird hinterfragt, ob ein Gebäude überhaupt langfristig in der geplanten Form
 159 gebraucht wird. Bestehende Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit.

159 Sie binden oftmals auch Geschichten und Erinnerungen. Energetisch betrachtet besitzt jede
 160 bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch, dass sie
 161 vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

162 So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als
 163 das Neubauten. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die
 164 erste Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion
 165 deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige
 166 Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und
 167 diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

168 **Lebenszyklusbetrachtung und Zertifizierung**

169 Mit dem Lebenszyklus eines Gebäudes bezeichnet man die gesamtökologischen und -
 170 ökonomische
 171 Betrachtung eines Gebäudes von der Erstellung über die Nutzung und Modernisierung/
 172 Sanierung
 173 bis zum Abriss. Es gilt den Bedarf an Rohstoffen und Energie nicht nur bei der Erstellung,
 174 sondern auch bei der Nutzung, Umnutzung und ggf. Abriss zu minimieren. Für eine
 175 Ökobilanzierung / Zertifizierung gibt es in Deutschland das von der Bundesregierung
 176 eingeführte Zertifizierungssystem BNB - aktuell nur für Gewerbegebäude - und die Datenbank
 177 ÖKOBAUDAT. (Ergänzend gibt privatwirtschaftliche basierte und international anerkannte
 178 Nachhaltigkeitszertifizierung kurzfristig für alle öffentlichen Bauvorhaben und
 179 mittelfristig für alle Gebäude an. Fördermittel und zinssubventionierte Kreditvergaben
 180 müssen an die Einhaltung von nachhaltigen und ökologischen Standards gebunden sein.

180 Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle

181 Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit
 182 Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von
 Gebäuden,

183 Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und
 184 des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

185 Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf
 186 kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche
 187 Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

188 Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht

189 Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- 190 • Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- 191 • CO₂-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- 192 • Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der
 193 Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- 194 • Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die
 195 Kreislaufwirtschaft.
- 196 • Eine Steuer oder Abgabe auf den Abbau und Einsatz von Primärrohstoffen
 197 (Primärbaustoffsteuer), Subventionierung von Recycelten
- 198 • Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren
 199 Energiebilanz bei der Herstellung.
- 200 • Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und kommunale
 Qualitätsstandards
 201 für nachhaltiges, ökologisches Bauen und dessen Kontrolle
- 202 • Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der
 203 Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- 204 • Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur Herstellung
 und
 205 zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung
 206 nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- 207 • Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- 208 • Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde
 209 Leistungen schaffen.

Begründung**Gesellschaft und Politik müssen handeln**

Der rasant an Fahrt aufnehmende Klimawandel mit global großflächigen Waldbränden, Hitzerekorden und unvorhersehbaren Niederschlägen und Stürmen erzeugt einen ständig zunehmenden Veränderungsdruck, der eine enorme Anpassungsleistung unserer ganzen

Gesellschaft verlangt. Bei sich verknappenden Ressourcen diesen globalen Strukturwandel besser zu bewältigen ist ein zentrales Ziel einer ganzheitlichen Siedlungswende.

Konsistenz, Effizienz, Effektivität und Suffizienz sind die Nachhaltigkeitsfelder unserer Städte und Dörfer. Und Zeit haben wir nicht viel. Daher sind Kommunen, Regierungen und Parlamente gefordert endlich zu handeln. Alle Instanzen unseres Gesellschaftssystems sind betroffen. Ziel einer Siedlungswende muss es sein, durch umfassende Klimaanpassungsstrategien lebenswerte Städte und Dörfer mit verträglicher Mobilität, guter Bildung, gesunden Arbeitsplätze, attraktiven Freizeitangeboten und Teilhabe aller zu schaffen sowie die Treibhausgasemissionen und die Umweltverschmutzung tatsächlich zu begrenzen. Ohne CO₂-Abgabe, Steuer oder Preis und starke ordnungspolitische Regelungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen wird das nicht mehr zu schaffen sein. Soziale Belastungen sind dabei auszugleichen und nachhaltige Wirtschaftsweisen zu fördern.